



Soziale Liste: Solidarität mit OPEL

Hängepartie beenden!

Die Soziale Liste fordert die Hängepartie um OPEL unverzüglich zu beenden. Die abwartende Haltung der politisch Verantwortlichen ist unerträglich. OPEL darf nicht zum Experimentierfeld für neoliberale Politiker und Manager werden, die die Krise selbst mit verursacht haben.

Die Soziale Liste schließt sich den Forderungen an, wie sie von IG-Metallern bei VW, wie auch in Dortmund erhoben worden sind. Die Unsicherheit für die OPEL-Beschäftigten muss beendet werden. Die OPEL-Werke brauchen eine Perspektive, um umweltverträgliche, ökonomisch sinnvolle und zukunftsträchtige Produkte herstellen zu können. Dem US-amerikanischen Konzern GM muss die deutsche Gesetzeslage (Art. 14 GG bestimmt, dass „Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, Art. 15 sieht das Instrumentarium für eine Sozialisierung vor.) deutlich gemacht werden. Geprüft werden müssen auch die Vorgänge um die Nichtzahlung von Steuern bei Gewinnabführung in die USA und die Verpfändung von Werksanlagen und Patenten in die USA.

Die Soziale Liste unterstützt die Vorschläge der Delegiertenversammlung der IG-Metall Dortmund, jetzt eine breite „Diskussion um die Überführung der Schlüsselindustrien und anderer Markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum öffentlich (zu) führen.“ Die Soziale Liste unterstützt auch die Überlegungen der Dortmunder IG-Metall nach Verkürzung der Arbeitszeit, sowie eine andere Wirtschaftspolitik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist. (Siehe Rückseite)

Soziale Liste im Rat • E-Mail: SOZIALELISTEimRat@bochum.de • www.soziale-liste-bochum.de
• Tel.: 0234/910 1047 • Fax.: 0234/910 1048 • Willy-Brandt-Platz 1-3 • 44777 Bochum
(V.i.S.d.P.: Günter Gleising)

Wir Dokumentieren:

Entschießung der Delegiertenversammlung der IG-Metall Dortmund vom 26. 02.2009

Gerechte Gesellschaft, Gerechte Zukunft!

Zunehmend empfinden die Beschäftigten und die Mitglieder der IG Metall die Politik, die Situation in den Betrieben als ungerecht und ungerechtfertigt!

Vor Beginn der Finanzkrise und deren Auswirkung in den Betrieben, wuchsen die Gewinne der Unternehmen, die Bedingungen für die Beschäftigten, besonders in der Leiharbeit wurden schlechter, aber auch zunehmend der Druck auf die „Stammebelegschaften“ wuchs.

Nunmehr ist es die Angst um die Arbeitsplätze. Finanzielle Verluste durch Kurzarbeit und Krisenbewältigung, die den Menschen Sorgen machen.

Es gibt eine Reihe von Zielen der Gewerkschaften und besonders der IG Metall:

- Mehr soziale Sicherheit, Schutz der Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen
- Mehr Investitionen in erneuerbare Energien und den öffentlichen Verkehr sind notwendig
- Anstelle der ausschließlichen Ausrichtung der Unternehmen am Gewinn, sollten endlich die Menschen und die Arbeitsplätze mehr im Mittelpunkt des Handelns stehen
- dazu sind mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmen, sowie im gesamtwirtschaftlichen Bereich und auch mehr Demokratisierung der Gesellschaft erforderlich

Erneut sollten wir die Diskussion um die Überführung der Schlüsselindustrien und anderen Markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum öffentlich führen.

Für die Durchsetzung diese Ziele ist eine breite öffentliche Diskussion und Mobilisierung notwendig:

Es geht um eine gesellschaftliche Debatte und gewerkschaftliche Auseinandersetzung, um die Aufgaben der Finanzinstitute zur Durchsetzung einer anderen Wirtschaftspolitik. Diese muss auf Vollbeschäftigung ausgerichtet sein.

Es sollen Strukturen und Regionalprogramme diskutiert werden, die für den Übergang zu einer anderen, demokratisch kontrollierten Produktions- und Lebensweise führen.

Dazu müssten die Banken und Wirtschaftskonzerne in öffentliches Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle überführt werden. Die Kontrolle muss durch Vertreter/innen der Gewerkschaften, Belegschaften, Kommunen, Verbraucher, Umweltverbände und Friedensbewegungen, etc, die entsprechend gewählt werden und einer demokratischen Wirtschaftspolitik verpflichtet sind.

Wir sollten erneut diskutieren, ob eine verkürzte Arbeitszeit, mit entsprechendem Entgeltausgleich auf Kosten der Unternehmensgewinne zur Sicherung der Arbeitsplätze und mit dem Ziel der Vollbeschäftigung eine gegenwärtige Forderung der IG Metall sein soll.

Wir möchten gerne eine Veranstaltung mit dem zuständigen Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban durchführen und fordern auch den Vorstand und die Bezirke der IG Metall auf Funktionärsversammlungen durchzuführen und eine alternative Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu diskutieren und sich für eine gerechte Zukunft stark zu machen!

In einem zweiten Schritt sollten ebenfalls andere Gewerkschaften einbezogen werden.